

# Auer Tageblatt

Beschreibungen nehmen die Anzeigen  
und die Anzeigen die Postenhalten  
entgegen. — Erscheint werktäglich.  
Sprech- und Anruf Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise  
bestimmen sich nach der Anzahl der  
Zeilen und der Zeitdauer der  
Anzeige. — 10 Pfennige pro Zeile  
für die erste Woche, 8 Pfennige  
für die zweite Woche, 6 Pfennige  
für die dritte Woche, 4 Pfennige  
für die vierte Woche, 3 Pfennige  
für die fünfte Woche, 2 Pfennige  
für die sechste Woche, 1 Pfennig  
für die siebte Woche, 1/2 Pfennig  
für die achte Woche, 1/4 Pfennig  
für die neunte Woche, 1/8 Pfennig  
für die zehnte Woche.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 112

Sonnabend, den 14. Mai 1927

22. Jahrgang

### Hausdurchsuchung der Londoner Polizei in russischen Büros.

Die Angestellten verhört. — Alle Schränke und Safes durchsucht!

London, 12. Mai. Die Polizei hat in den im Geschäftsviertel liegenden Büroräumen der russischen kooperativen Gesellschaften eine umfassende Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Geschäftsräume der russischen Handelsdelegation, die unter dem Schutze der diplomatischen Exterritorialität stehen, blieben von der Hausdurchsuchung unberührt. Die Ergebnisse der Maßnahmen sind bis jetzt nicht bekannt. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Weiter wird gemeldet: Die Durchsuchung ist noch in vollem Gange. Tausende von Polizisten und Spezialpolizisten betreten und verlassen das Gebäude, vor dem noch immer eine große Zahl Menschenmenge steht. Innerhalb des Gebäudes herrscht lebhafteste Tätigkeit. Die Vorhänge sind heruntergelassen, aber durch offene Spalten kann man Menschen eilig hin und her gehen sehen. Von Zeit zu Zeit kommen von Polizeibeamten begleitet, Mitglieder der Meles die hell erleuchtete Treppe hinunter und bestaunen in einem Zimmer, wo sie anscheinend verhört werden. Sie verlassen, werden sämtliche Safes, Schränke und Kisten geöffnet und die darin liegenden

Dokumente beschlagnahmt und untersucht. Von maßgebender Seite wird dem Vertreter des WZV. berichtet, daß die Durchsuchung die ganze Nacht fortgesetzt wird. Es sind keine Verhaftungen vorgenommen worden. Die Waggia erregt überall ungeheures Aufsehen.

In der Durchsuchung ist noch nachzutragen: Um 9.30 Uhr abends wurde einer Reihe weiterer Angestellter der Waggia das Gebäude zu verlassen. Einer von diesen, ein Engländer, erklärte, er sei so gut wie jedes Mitglied der Angestelltenhaft durchsucht worden. Es seien ihm die Taschen ausgeleert und jedes Schriftstück sei geprüft und Namen und Adressen aufgenommen worden. Die Angestellten hätten über vier Stunden ohne Speise und Trank in einem Zimmer auf ihre Durchsuchung warten müssen. Jede Abteilung des Hauses sei gründlich durchsucht worden einschließlich der Büros der russischen Handelsdelegation, die augenscheinlich das Hauptziel der Durchsuchung gewesen seien. Die Polizei habe auf der Öffnung aller Schränke bestanden. Zwei Mitarbeiter einer wohlbekannten Londoner Firma, die im Hause anwesend waren, seien festgehalten worden, ebenso ein Pressevertreter, dem es gelungen war, in das Gebäude einzudringen. Es verlautet, daß die Polizei das Gebäude mehrere Tage besetzt halten werde. Die Gesamtzahl der Angestellten betrage 400 Köpfe.

#### Ganz London in Aufregung.

London, 12. Mai. Die Waggia im Gebäude der russischen kooperativen Bewegung erregt in ganz London ungeheures Aufsehen. Vor dem Gebäude sammelte sich eine große Menschenmenge an. Die Polizei verhinderte jedoch Störungen. Während des ganzen Abends waren die Bürosfenster in der Moorgate Street, in der das Gebäude der Waggia liegt, mit Gruppen von Leuten gefüllt, die die Operationen verfolgten. Einige weitere Geheim-

polizisten gestellten sich im Laufe des Abends ihren Kollegen, die die Waggia veranstalteten, zu. Kurz vor 8 Uhr abends traf General Sir Bingham Childs, der Leiter der besonderen Abteilung von Scotland Yard, in seinem Privatwagen ein und betrat das Gebäude. Einige Minuten später betraten ein weiteres Tausend Polizisten ebenfalls das Gebäude. Die Mitglieder des Stabes von Waggia, die nicht das Gebäude verlassen konnten, waren in einem Hinterzimmer, rauchten und sprachen erregt miteinander. Einer Anzahl von Schreibmaschinendamen wurde gestattet, das Gebäude zu verlassen.

#### Das Unterhaus verlangt Aufklärung.

London, 12. Mai. Arthur Henderson wird morgen im Unterhaus an den Staatssekretär des Innern die Anfrage richten, ob es Tatsache sei, daß mit seiner Genehmigung eine Hausdurchsuchung auf dem Grundstück der Meles oder der russischen Handelsdelegation oder beider Verbindungen erfolgt ist, und wenn dies der Fall ist, ob er die Gründe angeben und dem Hause eingehende Aufklärungen geben könne.

#### Die englische Presse zur Hausdurchsuchung im Londoner Arzgebäude.

London, 12. Mai. Ueber die Gründe und Ergebnisse der Waggia im russischen Arzgebäude äußern die Blätter nur Vermutungen. Der politische Berichtsführer des „Daily Telegraph“ schreibt, die Durchsuchung sei auf Befehl des Ministers des Innern zurückzuführen, der am Mittwoch im Unterhaus eine wichtige Information erhalten habe. — Der politische Berichtsführer der „Morningpost“ sagt: Es wird ziemlich bestimmt vermutet, daß britische Staatsdokumente entdeckt worden sind. — Der politische Berichtsführer der „Westminster Gazette“ sagt, in Westminster werde geglaubt, daß die neue Entwicklung in kurzer Zeit zum Abbruch der Beziehungen zwischen Großbritannien und Sowjetrussland führen werde. — „Daily News“ sagt, es sei schwer zu glauben, daß das Ministerium des Innern diesen sehr ersten Schritt unternommen haben sollte, wenn es nicht im Besitz von Informationen allerersten Ranges gewesen wäre. — Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Das Vorgehen der Polizei erweckt bei der ersten Prüfung als eine direkte Beleidigung der russischen Regierung. Wenn sich die Aktion der Regierung gegen irgendein anderes Land unter ähnlichen Umständen gerichtet hätte, so wäre sie gleichbedeutend mit dem Abbruch aller Beziehungen. — „Daily Mail“ gibt ihrer tiefen Verurteilung über die energische Aktion der Regierung Ausdruck.

#### Protest des russischen Geschäftsträgers in London.

London, 12. Mai. „Daily Herald“ zufolge wird heute der russische Geschäftsträger bei dem Staatssekretär des Innern, Chamberlain, einen formellen Protest einlegen. „Daily Telegraph“ zufolge ist ein solcher Schritt bereits gestern nachmittag eine Stunde nach Beginn der Durchsuchung erfolgt.

#### Hochschulring und Vaterländische Verbände.

Berlin, 12. Mai. Der „Hochschulring Deutscher Art“ gibt bekannt, daß er seine seit langem bestehende Verbindung zu den Vaterländischen Verbänden gelöst hat. Die Parole des Stahlhelms „Hinein in den Staat!“ dürfe, wie die „D.M.Z.“ zu der Mitteilung bemerkt, den wahrheitsgemäßen Ausfluß zu diesem Beschluß des Hochschulringes gegeben haben.

#### Regierungsrat Dahmann von den Polen freigelassen.

Berlin, 12. Mai. Regierungsrat Dahmann von der Aufsichtsbekleidung des Reichsverkehrsministeriums, der bei einer Kollisionsung im polnischen Korridor von den Polen festgenommen worden war, ist nach zweitägiger Inhaftierung wieder in Berlin eingetroffen.

#### Einweisung des Neubaus der Deutschen Borse zu Warburg.

Warburg, 12. Mai. Heute fand in Anwesenheit von Reichs-, Staats- und Provinzialverordneten die Einweisung des Neubaus der Deutschen Borse zu Warburg (Institut für Grenz- und Auslandsbeziehungen an der Universität) statt.

### Einigung über das Republiksschutzgesetz.

Die „Germania“ meldet: Die Besprechungen, die vorgestern und gestern unter dem Vorsitz des Reichsfänglers und im Beisein mehrerer Reichsminister mit den Parteiführern der Regierungsparteien gepflogen worden sind, haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Danach werden die Regierungsparteien im Reichstag einen Initiativantrag einbringen, wonach das Gesetz zum Schutze der Republik um zwei Jahre verlängert wird. Das Kabinett, das ebenfalls zu einer einstimmigen Auffassung gekommen ist, wird davon absehen, von sich aus eine Regierungsvorlage an den Reichstag gelangen zu lassen. Was den Inhalt dieses Gesetzes angeht, so besteht er aus einem Paragraphen, der besagt, daß die Geltungsdauer des Republiksschutzgesetzes auf zwei Jahre verlängert wird mit der Maßgabe, daß die Befugnisse des Staatsgerichtshofes an einen Senat des Reichsgerichts übergehen.

In dem Gesetze werden die Regierungsparteien eine Entschlüsselung einbringen, die die Regierung auffordert, in Erwägungen darüber einzutreten, welche Bestimmungen des Gesetzes überhaupt beibehalten und in das allgemeine Strafrechtsgesetz übernommen werden sollen. Die Entschlüsselung ist noch nicht formuliert. Ihr Inhalt wird sich aber in der angegebenen Richtung bewegen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat gestern abend einstimmig den Abmachungen bei und billigte die Fassung ihrer Unterhändler. Die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei werden sich gleichfalls im Sinne dieser Uebereinkunft in ihren Fraktionen einsehen. Dasselbe darf man von den deutschen Nationalen erwarten.

Der Reichsfängler wird im Verlauf der nächsten Tagung auch mit den Vertretern der Oppositionsparteien Rücksprache nehmen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man als sicher an, daß das Gesetz noch vor den Pfingstferien verabschiedet werden wird.

### Löbe über österreichisch-deutsche Wirtschaftsgemeinschaft.

Berlin, 12. Mai. Als Auftakt zu der heute beginnenden Tagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes fand heute abend im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates ein Begrüßungsabend statt. Reichspräsident Lobe als Präsident des Volksbundes führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. nach einem Hinweis auf die Wirtschaftskonferenz in Genf aus, man solle über das Fernerliegende das jetzt schon Mögliche nicht vergessen. Der große deutsche Markt könne schon jetzt geschaffen werden. Österreich komme nicht aus Not und Elend zu uns, sondern aus dem freien Entschluß freier Männer. Wir dürften aber nicht warten, bis der Zufall uns zu Hilfe komme, sondern müßten im eigenen Lande die Vorbereitungen für den Anschluß treffen. Schon jetzt sei es notwendig, daß in beiden Ländern die Staatsbürger wie Bürger des eigenen Landes und nicht wie Ausländer behandelt werden. Verwaltung und Gesetzgebung müßten vereinfacht werden, und dann blieben nur die Grenzschälle noch stehen. Wenn auch diese fielen, dann sei erreicht, was wir wollten, ein Volk, ein Reich, ein freies Vaterland. Stärklicher, nicht endenwollender Jubel begleitete das Ende der Rede.

Nach Reichspräsident Lobe sprach Oberbürgermeister Börs als Delegierter des Volksbundes für die Stadt Berlin die Hoffnung aus, daß bald Österreich und Deutschland ein Vaterland und Wien und Berlin bald Brüderstädte sein werden.

#### Tagung des Industrieausschusses in Genf.

Die Stellung der Kartelle.

Genf, 12. Mai. Am Industrieausschuß wurde heute von zwei Vertretern des internationalen Genossenschaftsverbandes ein Antrag unterbreitet, in welchem gefordert wird, daß die Industriekartelle die gesetzliche Verpflichtung haben sollten, ihre Statuten und Vereinbarungen zu veröffentlichen, daß ferner in jedem Staat ein Ausschuß mit Vertretern der Industriellen, der Arbeiter, der Hausfrauen, Kaufleute und der verschiedenen Erzeuger, und Verbrauchergenossenschaften geschaffen werden soll, der die Preisgestaltung überwachen und dem Mißbrauch einer Monopolstellung entgegenzutreten soll. Begründet wurde der Antrag von Frau Freundlich-Oesterreich. In der Debatte ergriff das Wort der frühere Völkerverbundskommissar für das Genossenschaftswesen in Österreich, der Holländer Himmermann. Er sprach sich für die Errichtung nationaler und internationaler Kartelle zur Überwachung der Wirtschaftskräfte, aber gegen eine Mitwirkung der Regierungen bei der Verwirklichung des Kartellgebantens aus.

### Um die Verminderung der Besatzung.

Wienland verspricht Antwort.

Berlin, 12. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, trifft es zu, daß der französische Außenminister Briand dem deutschen Botschafter Dr. Wirth angekündigt habe, bis Ende dieser Woche eine Antwort zu erteilen. Vom deutschen Standpunkt ist darauf hinzuweisen, daß die Angelegenheit der Dispositionen mit der Verminderung der Besatzungstruppen im Westen an und für sich nichts zu tun habe. Auf die Verminderung habe Deutschland einen Rechtsanspruch. Das Reichskabinett hat sich mit der Frage der Dispositionen noch nicht beschäftigt. Es ist hierzu erst in der Lage, wenn der Bericht über die Verhandlungen vorliegt.

London, 12. Mai. Weiter zufolge wird dem in der nächsten Woche stattfindenden dreitägigen offiziellen Besuch des Präsidenten Doumergue und des Außenministers Briand große politische Bedeutung beigemessen. Die höchsten Ehren werden Doumergue erwiesen werden, der Waise des Königs sein wird.